

Türkei: Die aktuelle Situation der Kurden

Aurel Schmid

Weyermannsstrasse 10
Postfach 8154
CH-3001 Bern

Für Paketpost:
Weyermannsstrasse 10
CH-3008 Bern

T ++41 31 370 75 75
F ++41 31 370 75 00

Bern, 20. Dezember 2010

info@fluechtlingshilfe.ch
www.fluechtlingshilfe.ch

PC-Konto
30-16741-4
Spendenkonto
PC 30-1085-7



Angaben zum Autor: Aurel Christian Schmid hat an den Universitäten Bern und Lyon (F) Politologie und Völkerrecht studiert und 2010 ein Praktikum bei der Länderanalyse der Schweizerischen Flüchtlingshilfe SFH absolviert. Während einer einjährigen Reise 2008/2009 im Nahen Osten hat er mehrere Monate in der Türkei verbracht, sich elementare Sprachkenntnisse angeeignet und alle Landesteile bereist.

Impressum

HERAUSGEBERIN

 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH
Postfach 8154, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
Fax 031 370 75 00
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
Spendenkonto: PC 30-1085-7


AUTOR

Aurel Christian Schmid

SPRACHVERSIONEN

deutsch, französisch

COPYRIGHT

© 2010  Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH, Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Kontext	2
	2.1 Politische Lage	2
	2.2 Kurdenkonflikt	3
	2.3 Aktuelle sozio-ökonomische Lage der Kurden	5
3	Akteure	6
	3.1 Pro-kurdische Akteure	6
	3.1.1 BDP (Partei für Frieden und Demokratie)	6
	3.1.2 Pro-kurdische Parteien	7
	3.1.3 Menschenrechtsorganisationen	8
	3.1.4 PKK	8
	3.2 Staatliche Akteure	10
	3.2.1 Armee	10
	3.2.2 Justizwesen	10
	3.2.3 Dorfschützer	11
	3.3 Bevölkerung	12
4	Menschenrechtsverletzungen	12
	4.1 Politische Rechte	12
	4.1.1 Folter und Straffreiheit	12
	4.1.2 Aussergerichtliche Tötung und Verschwindenlassen	14
	4.1.3 Meinungsäusserungsfreiheit	14
	4.1.4 Versammlungsfreiheit/Organisationsfreiheit	15
	4.1.5 Demonstrationsfreiheit	15
	4.2 Kulturelle Rechte	16
	4.2.1 Sprache	16
	4.2.2 Medien	17
	4.2.3 Bildung	18
5	Gefährdungsprofile	19
	5.1.1 Politiker und politisch aktive Kurden	19
	5.1.2 Menschenrechtsaktivisten	19
	5.1.3 Journalisten	20
	5.1.4 Wehrdienstverweigerer	20
	5.1.5 Bürgerkriegsvertriebene	21
	5.1.6 Demonstranten	21
	5.1.7 Häftlinge	22
6	Fazit	23

1 Einleitung

Der vorliegende Bericht schliesst an das letzte Türkei-Update der Schweizerischen Flüchtlingshilfe SFH vom 9. Oktober 2008 an¹ und konzentriert sich auf die Entwicklungen in den Jahren 2009 und 2010. Der Fokus liegt auf den kurdischen Gebieten und auf Themen, die die kurdische Bevölkerung betreffen. Bei Quellen, zum Beispiel bezüglich Menschenrechtsverletzungen, die nicht zwischen den verschiedenen Volksgruppen unterscheiden, werden nationale Zahlen angegeben und, so weit möglich, auf die Betroffenheit des kurdischen Bevölkerungsteils hingewiesen.

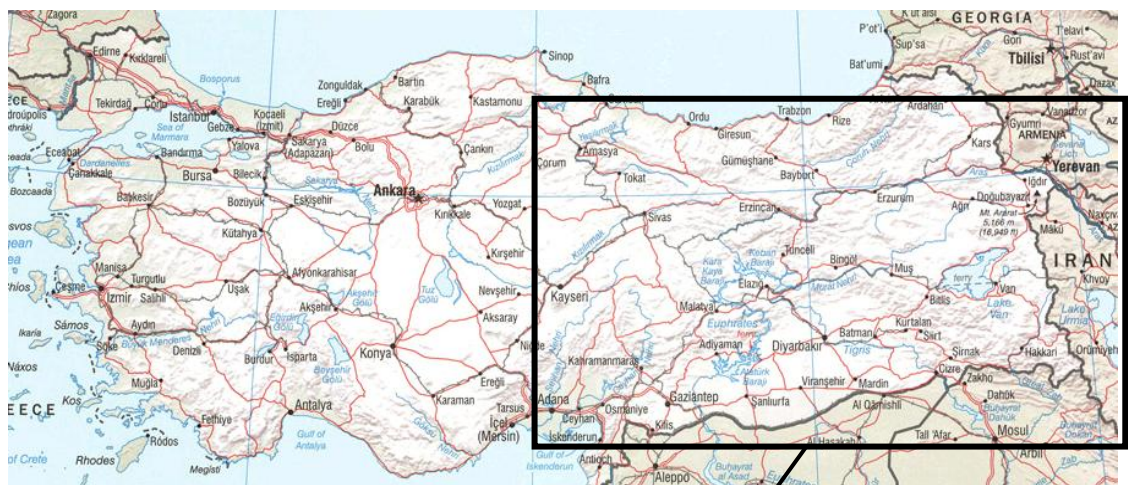


Abbildung 1: Karte Türkei.²



Abbildung 2: Karte türkisches Kurdengebiet.³

¹ www.fluechtlingshilfe.ch/herkunftslaender/europe/tuerkei.

² CIA, Perry-Castañeda Library, Map Collection, Turkey, 2006: www.lib.utexas.edu/maps/turkey.html.

³ CIA, Perry-Castañeda Library, Map Collection, Kurdish Lands, 1992: www.lib.utexas.edu/maps/turkey.html.

Das vorliegende Update stützt sich auf eine breite Auswahl öffentlich zugänglicher Quellen. Um eine ausgewogene Berichterstattung zu gewährleisten, wurden Informationen internationaler und türkischer Menschenrechtsorganisationen, staatlicher Stellen, führender internationaler und türkischer Medien sowie von EU-Organisationen berücksichtigt. Alle Quellen sind mit Internet-Links angegeben.

2 Kontext

2.1 Politische Lage

Die innenpolitische Situation in der Türkei ist seit mehreren Jahren vom Machtkampf zwischen der wählerstärksten, moderat islamischen AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) einerseits und den laizistischen, nationalistischen Oppositionsparteien CHP (Republikanische Volkspartei) und MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung) andererseits gekennzeichnet.⁴ Die AKP will der EU beitreten und hat Reformen eingeleitet, die das Land demokratischer machen und die Menschenrechte stärken sollen. Allerdings kommen momentan die EU-Beitrittsverhandlungen infolge Opposition einiger EU-Staaten, stockender türkischer Reformen und der ungelösten Zypernfrage kaum voran und könnten nächstes Jahr vollends stillstehen.⁵

Weil die in Angriff genommenen Reformen die traditionelle Vorherrschaft des Militärs als Hüterin des laizistischen Charakters der Türkei in Frage stellen und für Kurden mehr kulturelle Rechte vorsehen, werden sie von der Opposition, vom von ihr dominierten Justizapparat⁶ und vom Militär abgelehnt und ihre Umsetzung erschwert.⁷ So ist es zu erklären, dass es einerseits Öffnungstendenzen, neue kulturelle Rechte für die kurdische Minderheit und laufende Friedensverhandlungen gibt, andererseits aber kurdische Parteien und Medien verboten werden, die Bekämpfung der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) weitergeht sowie weiterhin Verfahren gegen MenschenrechtsaktivistInnen, JournalistInnen sowie kurdische DemonstrantInnen und PolitikerInnen angestrengt werden. Unabhängige Beobachter stellen fest, dass der türkische Staat momentan stark widersprüchliche Signale aussendet.⁸

Die türkischen StimmbürgerInnen stützen – wie beim Verfassungsreferendum am 12. September 2010 – den Reformkurs der Regierung regelmässig an der Urne.⁹ Auch Stimmende kurdischer Ethnie unterstützen teilweise die AKP, weil sie sich von den Reformen für einen EU-Beitritt mehr kulturelle Freiheiten erhoffen und weil die AKP an die gemeinsame muslimisch-sunnitische Identität appelliert.¹⁰

⁴ The Guardian, Turkey poised for major shakeup as voters back constitutional reforms, 12. September 2010: www.guardian.co.uk/world/2010/sep/12/turkey-voters-constitutional-reforms.

⁵ Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Die Türkei verliert den Glauben an die EU, 11. November 2010: www.nzz.ch/nachrichten/international/die_tuerkei_verliert_den_glauben_an_die_eu_1.8340776.htm.

⁶ Freedom House, Freedom in the World 2010 – Turkey: www.freedomhouse.org/template.cfm?page=22&year=2010&country=7937.

⁷ Human Rights Watch, World Report 2010: Turkey, 2010: www.hrw.org/en/world-report-2010/turkey.

⁸ Reporters sans frontières, Government urged to clarify policy as courts continue to harass Kurdish media, 9. April 2010: www.ecoi.net/local_link/136698/249650_de.html.

⁹ BBC News, Turkey country profile, 14. September 2010: http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/country_profiles/1022222.stm.

¹⁰ The Economist, A religious revival, 31. Januar 2008: www.economist.com/node/10609223.

2.2 Kurdenkonflikt

Die Türkei ist ein Vielvölkerstaat mit zahlreichen ethnischen und religiösen Minderheiten. Seit der Gründung des modernen Nationalstaates 1922 wird diese Tatsache allerdings von der türkischen Mehrheit als Bedrohung der nationalen Einheit empfunden und konsequent ausgeblendet. Art. 166 der Verfassung besagt, dass alle Einwohner der Türkei Türken sind. Entsprechend wurde die Existenz der Kurden als grösste Minderheit (18 Prozent der Bevölkerung)¹¹ verneint. Als Bergtürken bezeichnet, wurden ihre Sprache und andere Zeichen ihrer kulturellen Identität in der Öffentlichkeit, in Schulen, Medien und Politik verboten.¹²

1984 formierte sich die PKK, die mit Gewalt zuerst für einen unabhängigen kurdischen Staat und später – nach Aufgabe dieses Ziels – für kulturelle Rechte der Kurden kämpfte.¹³ Es folgte ein blutiger, bewaffneter Konflikt zwischen der PKK und der türkischen Armee, der 40'000 Todesopfer, darunter viele Zivilisten, forderte.¹⁴ Gemäss Human Rights Watch verübten beide Seiten massive Menschenrechtsverletzungen und Gewalt gegen Unbeteiligte.¹⁵ 1999 rief der verhaftete PKK-Führer Öcalan seine Gruppe auf, die Waffen niederzulegen. Anschliessend zogen sich ungefähr 5000 der 5500 PKK-Kämpfer in den Nordirak zurück, und die Zahl der Zusammenstösse nahm stark ab.¹⁶ 2004, nach dem Ende einer fünfjährigen Waffenruhe, kam es wieder zu mehr Zwischenfällen, und die Sicherheitslage verschlechterte sich spürbar.¹⁷

2005 sprach die türkische Regierung unter Ministerpräsident Erdogan erstmals vom sogenannten «Kurden-Problem», entschuldigte sich für die von Sicherheitskräften begangenen Misshandlungen und anerkannte «legitime Forderungen». Gleichzeitig begannen Strafermittlungsbehörden, die Verbrechen der Sicherheitskräfte an der kurdischen Zivilbevölkerung aufzuklären.¹⁸ 2009 wurde die sogenannte «demokratische Öffnung» lanciert. Den Kurden sollten mehr kulturelle Rechte zugestanden und der PKK damit den Boden entzogen werden. Tatsächlich wurden im September 2009 ein Universitätskurs in kurdischer Sprache¹⁹ und am 13. November 2009 kurdische Fernsehsender zugelassen. Nationalistische Türken lehnen diese Entwicklung allerdings aus Angst vor einer Spaltung kategorisch ab. Ende 2009 verbot das der Opposition nahestehende Verfassungsgericht die grösste kurdische Partei DTP (Partei der Demokratischen Gesellschaft) und versetzte damit der «demokratischen Öffnung» einen Schlag, von dem sie sich nie mehr vollständig erholte. Das Parteiverbot

¹¹ CIA, The World Factbook, Turkey, 19. Oktober 2010: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/tu.html>.

¹² The Economist, All Turks Together?, 21. Oktober 2010: www.economist.com/node/17276398.

¹³ Europa World Online, undatiert, in: UK Border Agency, Country of Origin Information Report: Turkey, 9. August 2010: www.ecoi.net/file_upload/1226_1281534260_turkey-100810.pdf.

¹⁴ EurasiaNet, Turkey: Kurdish Peace Initiative Builds Momentum, 28. Oktober 2009: www.eurasianet.org/departments/insightb/articles/eav102909a.shtml.

¹⁵ Human Rights Watch, World Report 1993: Turkey, 1. Januar 1993: www.unhcr.org/refworld/docid/467fca705f.html.

¹⁶ UK Border Agency, Country of Origin Information Report: Turkey, 9. August 2010, Seite 172.

¹⁷ Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC), Turkey: Need for continued improvement in response to protracted displacement, 26. Oktober 2009, Seite 4: [www.internal-displacement.org/8025708F004BE3B1/\(httpInfoFiles\)/7EDA8C99541018EAC125765B002E188D/\\$file/Turkey_Overview_Oct09.pdf](http://www.internal-displacement.org/8025708F004BE3B1/(httpInfoFiles)/7EDA8C99541018EAC125765B002E188D/$file/Turkey_Overview_Oct09.pdf).

¹⁸ Die Zeit, Die Toten steigen aus den Brunnen, 10. Juni 2009: www.zeit.de/2009/25/Todesbrunnen.

¹⁹ European Union Commission, Turkey 2009 Progress Report, 14. Oktober 2009, Seite 28: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2009/tr_rapport_2009_en.pdf.

und die daraufhin folgenden zahlreichen Verhaftungen kurdischer Politiker führten zu gewalttätigen Zusammenstössen zwischen Kurden und Sicherheitskräften und zu einer allgemeinen Destabilisierung der Sicherheitslage in den kurdischen Gebieten.

Im ersten Halbjahr 2010 kam es zu zahlreichen Zwischenfällen zwischen der Armee und PKK-Kämpfern. Im Juni 2010 kündigte die PKK ihre einseitige Waffenruhe auf. Als Begründung führte sie an, dass sie unvermindert verfolgt werde.²⁰ Anschliessend stieg die Anzahl von Angriffen auf Sicherheitskräfte stark an, am 19./20. Juni 2010 wurden 13 Soldaten und 17 Aufständische getötet.²¹ Ende Juli hat die PKK die Niederlegung der Waffen angeboten, falls die Regierung den Kurden kulturelle Rechte gewähren und die Bekämpfung der PKK einstellen würde. Die Regierung weigert sich allerdings weiterhin, offiziell mit der PKK zu verhandeln.²² Im August 2010 verkündete die PKK eine einmonatige einseitige Waffenruhe, die Ende September 2010 um einen Monat verlängert wurde. Trotzdem starben mehrere Militante bei Zusammenstössen mit Sicherheitskräften, und es wurden mehrere Bombenanschläge verübt, für die die PKK allerdings die Verantwortung von sich gewiesen hat.²³

Nationalisten auf beiden Seiten schüren den Konflikt und versuchen, einen möglichen Friedensprozess zu verhindern. Gemäss der kurdischen Partei für Frieden und Demokratie (BDP: Nachfolgepartei der DTP) und den auf einer kurdischen Internetseite gesammelten Zeugenaussagen könnte der tödliche Anschlag in der Nähe von Hakkari am 16. September 2010 von extremistischen nationalistischen Gruppen innerhalb der Sicherheitsdienste ausgeführt worden sein.²⁴ Gleichzeitig bekannte sich die PKK-Splittergruppe TAK (Freiheitsfalken Kurdistans) zum blutigen Anschlag auf dem Taksim-Platz vom 29. September 2010.²⁵

Die PKK distanzierte sich von diesem Anschlag und verlängerte die einseitige Waffenruhe bis nach den Wahlen im Juni 2011. Gleichzeitig gewährte die Regierung der kurdischen Politikerin und Anwältin Aysel Tugluk die Gelegenheit, mit dem verhafteten PKK-Anführer Öcalan zu sprechen. Gemäss ihren Aussagen laufen gegenwärtig ernstzunehmende Friedensverhandlungen zwischen ihm und der türkischen Regierung.²⁶

Es scheinen sich neuerdings auch Formen gewaltlosen Widerstands zu etablieren. So werden in einigen kurdischen Gebieten türkische Schulen als Symbol der kultu-

²⁰ International Crisis Group, CrisisWatch Database, 1. Juli 2010: www.crisisgroup.org/en/publication-type/crisiswatch/crisiswatch-database.aspx?CountryIDs=%7b5875B08E-4CDC-4879-9179-17AAE2724AEB%7d#results.

²¹ Idem.

²² Radio Free Europe, Kurdish Rebels Propose To Disarm If Turkey Meets Conditions, 21. Juli 2009: www.rferl.org/articleprintview/2105491.html.

²³ International Crisis Group, CrisisWatch Database, 1. Oktober 2010.

²⁴ Mazlumder, Hakkari Geçitli (Peyanis) Köyü Yakınında Mayınli Saldırı Van Sube Raporu, 29. September 2010: www.mazlumder.org/haber_detay.asp?haberID=8872. Übersetzt auf: Demokratisches Türkeiforum, Meldungen im September 2010, September 2010: www.tuerkeforum.net/Meldungen_im_September_2010. Hürriyet, Cease-fire ends amid deep-state, deep-PKK debates, 19. September 2010: www.hurriyetdailynews.com/n.php?n=ceasefire-ends-amid-deep-state-deep-pkk-debates-2010-09-19.

²⁵ NZZ, PKK-Splittergruppe bekennt sich zu Anschlag, 4. November 2010: www.nzz.ch/nachrichten/international/agenx_tuerkei_pkk-splittergruppe_anschlag_1.8272052.html.

²⁶ Tagesanzeiger, PKK-Chef Öcalan will Waffen strecken, 2. November 2010: www.tagesanzeiger.ch/ausland/europa/PKKChef-cal-an-will-Waffen-strecken/story/10085350.

rellen Unterdrückung boykottiert.²⁷ Das jüngste Referendum zur Verfassungsreform wurde in kurdischen Gebieten nach dem Boykottaufruf der BDP teilweise ignoriert,²⁸ was als Beleg für den Rückhalt kurdischer Parteien in der Bevölkerung angesehen wird.²⁹

2.3 Aktuelle sozio-ökonomische Lage der Kurden

Der West-Ost-Gegensatz in der Türkei ist enorm, die sozio-ökonomische Lage der Kurden als grösste ethnische Minderheit nach wie vor wesentlich schlechter als diejenige der türkischen Mehrheit. Gemessen am nationalen Durchschnitt gelten im von Kurden besiedelten Südosten fast die Hälfte der Einwohner als arm – in Istanbul sind es nur 3,2 Prozent.³⁰

Mit der verbreiteten Armut einher geht ein generell tiefer Bildungsstand der kurdischen Bevölkerung. Dies ist zurückzuführen auf geringe staatliche Investitionen und entsprechend grosse Schulklassen,³¹ auf die türkische Lehrerschaft, die wenig motiviert ist, in den «gefährlichen» kurdischen Gebieten zu unterrichten, und auf die allgemein negativ wahrgenommene Rolle der Schule als Instrument kultureller Assimilierung der Kurden.³² Kurdische Kinder weisen häufig Defizite bei der sprachlichen Entwicklung auf, weil sie von ihren Eltern weder deren Muttersprache Kurdisch noch Türkisch richtig lernen.³³

Das Bevölkerungswachstum im Westen der Türkei ist auf europäischem Niveau (1,4 Kinder pro Frau), in den armen Kurdengebieten ist es deutlich höher (über sechs Kinder pro Frau).³⁴ Auch wenn viele Kurden aus wirtschaftlicher Not und politischer Unsicherheit in die westtürkischen Städte oder nach Europa abwandern, wächst die Bevölkerung im Osten schnell, und der kurdische Anteil an der Gesamtbevölkerung steigt.³⁵

²⁷ EurasiaNet, Turkey: Is a Kurdish School Boycott a Sign of the Future?, 24. September 2010: www.eurasianet.org/node/62013.

²⁸ The Jamestown Foundation, Referendum Deepens Fragmentation in Turkey, 20. September 2010: www.unhcr.org/refworld/docid/4c9c49142.html.

²⁹ Hürriyet, Turkey's Kurds happy with referendum, 12. September 2010: www.hurriyetdailynews.com/n.php?n=kurds-happy-with-the-results-2010-09-12.

³⁰ Today's Zaman, Turning a blind eye to poverty in the East, 15. August 2010: www.todayszaman.com/tz-web/news-219038-centerturning-a-blind-eye-to-poverty-in-the-east-bribyi-braengus-collins-center.html.

³¹ Hans-Böckler-Stiftung, Ein politischer Prozess gegen Lehrer, Juni 2010: www.boeckler.de/107_107463.html.

³² EurasiaNet, Turkey: Is a Kurdish School Boycott a Sign of the Future?, 24. September 2010.

³³ Die Presse, Die fatale Rolle Ankaras: Was Botschafter Tezcan verschwie, 16. November 2010: http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/610658/Die-fatale-Rolle-Ankaras_Was-Botschafter-Tezcan-verschwieg.

³⁴ FAZ.NET, Bevölkerungsentwicklung: Schafft auch die Türkei sich ab?, 20. Oktober 2010: www.faz.net/s/RubDDBDABB9457A437BAA85A49C26FB23A0/Doc~EC9E01D40D0224F97952A2E6432D0C924~ATpl~Ecommon~Scontent.html.

³⁵ Idem.

3 Akteure

3.1 Pro-kurdische Akteure

Auf der kurdischen Seite gibt es eine Vielzahl politischer Akteure, deren Namen infolge interner Aufspaltungen oder staatlicher Verbote häufig ändern und die teilweise auch schnell wieder verschwinden.

3.1.1 BDP (Partei für Frieden und Demokratie)

Ihre Vorgängerin DTP war eine der führenden kurdischen Parteien, bis sie am 11. Dezember 2009 nach einem dreijährigen Prozess wegen «Involvierung in Handlungen gegen die Einheit und territoriale Unversehrtheit des Landes» und wegen Verbindungen zur PKK vom türkischen Verfassungsgericht verboten wurde.³⁶ Führende Mitglieder und Parlamentarier wurden mit einem fünfjährigen Politikverbot belegt. Insgesamt wurden im Jahr 2009 über 1000 DTP-Mitglieder wegen Benützens der kurdischen Sprache bei politischen Anlässen, wegen kritischer Aussagen zur Regierung oder wegen Nähe zur PKK verhaftet.³⁷

Nach dem Verbot ihrer Partei wechselten viele ehemalige DTP-PolitikerInnen in die bereits 2008³⁸ gegründete BDP. In einem Interview mit Reuters kündigte die BDP-Parteiführung an, sich in Zukunft klarer von der PKK distanzieren zu wollen.³⁹

Die hohen Eintrittshürden (10 Prozent Stimmenanteil auf nationaler Ebene) verunmöglichen es kurdischen Parteien faktisch, ins Parlament einzuziehen.⁴⁰ Die DTP/BDP tritt bei Wahlen deshalb nicht selber an, sondern stellt ihre KandidatInnen als «Unabhängige» auf, für die diese Hürde nicht gelten. Bei den Wahlen 2007 konnte sie auf diese Weise 27 Abgeordnete ins nationale Parlament schicken.⁴¹

Der von der BDP angeregte und verbreitet befolgte Boykott des Verfassungsreferendums vom September 2010 (siehe Kapitel 2.2) demonstrierte den grossen Einfluss der Partei auf die kurdische Bevölkerung des Südostens. Folgerichtig wurde die BDP als Vertreterin der kurdischen Minderheit anschliessend an das Referendum am 23. September 2010 von der Regierung zu Gesprächen eingeladen. Die BDP fordert das Aussetzen der militärischen Operationen in den Kurdengebieten,

³⁶ Amnesty International, Jahresbericht 2008 – Türkei, 28. Mai 2008: www.amnesty.de/jahresbericht/2008/tuerkei.

³⁷ US Department of State, 2009 Human Rights Report: Turkey, 11. März 2010: www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2009/eur/136062.htm.

³⁸ BDP, BDP Europe representation in Brussels, ohne Datum: <http://brussels.bdp.org.tr/index.html>.

³⁹ Today, Turkey's new party BDP says to put distance between PKK, 6. Februar 2010: www.today.az/news/turkey/61002.html.

⁴⁰ The Economist, A special report on Turkey – Balance of power, 21. Oktober 2010: www.economist.com/node/17276408.

⁴¹ Human Rights Watch, World Report 2010: Turkey, 2010.

demokratische Autonomie⁴² und mehr kulturelle Rechte wie zum Beispiel Schulunterricht auf Kurdisch.⁴³

Entstehung, Verbote und Namensänderung der Vorgängerparteien der BDP⁴⁴

Name	Gründungsdatum, Verbot	Sitze im Parlament
HEP: Volksarbeiterpartei	1990, 1993	1991: 22 Parlamentssitze
ÖZDEP: Partei der Freiheit und Demokratie	1993, 1993	Keine Wahlteilnahme
DEP: Demokratiepartei	1993, 1994	Keine Wahlteilnahme
HADEP: Volksdemokrati- partei	1994, 2003	1995: scheitert an 10- Prozent-Hürde
DEHAP → DHT → DTP	1998, 2009	2007: 27 Parlamentssitze
BDP	2009, fortbestehend	Noch keine Wahlen

Tabelle 1: Geschichte der BDP und ihrer Vorgängerparteien.

3.1.2 Pro-kurdische Parteien⁴⁵

Legale kurdische Parteien

- HAK-BAR: Partei für Recht und Freiheiten.
- KADEP: Teilnehmende Demokratische Partei.
- TEVKURD: Bewegung der kurdischen nationalen Einheit.

Illegale kurdische Parteien

- DHP: Revolutionäre Volkspartei. Gegründet 1994, der PKK nahestehend.
- DKP: Demokratische Massenpartei.
- KKP: Kurdische Kommunistische Partei.
- KUK: Nationale Befreiung Kurdistans. Marxistisch-Leninistisch. Gegründet 1978, strebt unabhängiges Kurdistan und Vereinigung mit umliegenden Kurdengebieten an.
- PADEK: Partei für Freiheit und Demokratie Kurdistans. Gegründet 2000.
- PDK-Bakur: Demokratische Partei Türkisch-Kurdistans. Strebt unabhängiges Kurdistan und Vereinigung mit umliegenden Kurdengebieten an.
- PIK: Islamische Partei Kurdistans. Strebt einen islamischen Staat an.
- PKK: Arbeiterpartei Kurdistans.
- PNBK: Nationale Plattform in Nord-Kurdistan. Gegründet 1999.
- PRK: Befreiungspartei Kurdistans. Gegründet 1976. Strebt unabhängiges Kurdistan und Vereinigung mit umliegenden Kurdengebieten an.
- PRNK: Nationale Befreiungspartei Kurdistans. Möglicherweise aufgelöst.

⁴² The Jamestown Foundation, Referendum Deepens Fragmentation in Turkey. Eurasia Daily Monitor Volume: 7 Issue: 168: www.unhcr.org/refworld/docid/4c9c49142.html.

⁴³ EurasiaNet, Turkey: Is a Kurdish School Boycott a Sign of the Future?. International Crisis Group, CrisisWatch Database, 1. Oktober 2010.

⁴⁴ Gesellschaft für bedrohte Völker, Prokurdische Parteien ringen um demokratische Rechte, 25. Februar 2007: www.gfbv.it/3dossier/kurdi/kursido-de.html. Accord, KurdInnen in der Türkei, Juni 2009, Seite 29: www.ecoi.net/file_upload/1226_1244206565_kurdinnen-in-der-tuerkei-20090605.pdf.

⁴⁵ Idem. UK Border Agency, Country of Origin Information Report: Turkey, 9. August 2010, Seiten 158–178.

- PS-Kawa: Revolutionäre Partei.
- PSK (1)⁴⁶: Sozialistische Partei Kurdistans. Gegründet 1974.
- PSK (2)⁴⁷: Revolutionäre Partei Kurdistans.
- RSDK: Sozialistische und Demokratische Organisation Kurdistans.

3.1.3 Menschenrechtsorganisationen

- IHD: Türkischer Menschenrechtsverein. Publiziert detaillierte Statistiken zu Menschenrechtsverletzungen.⁴⁸
- TIHV: Türkische Menschenrechtsstiftung.⁴⁹
- KHRP: Kurdisches Menschenrechtsprojekt.⁵⁰

3.1.4 PKK

Die von der internationalen Gemeinschaft als Terrororganisation eingestufte Gruppe ist nach wie vor aktiv und handlungsfähig.⁵¹ In der kurdischen Bevölkerung ist die PKK populär, und ihr ehemaliger Anführer Öcalan gilt für viele immer noch als Führer der Kurden. An den Jahrestagen seiner Verhaftung kommt es regelmässig zu Zusammenstössen zwischen kurdischen Demonstranten und den Sicherheitskräften.⁵² Zwar gibt es Berichte, dass sich gebildete, städtische Kurden von der PKK nicht mehr vertreten fühlen,⁵³ aber dennoch berufen sich insbesondere DemonstrantInnen nach wie vor auf sie und skandieren ihre Slogans.⁵⁴

Die PKK ist hierarchisch organisiert. An der Spitze befindet sich der Führer-Rat. Oberster Anführer ist Murat Karayılan. Weitere Figuren aus dem engsten Machtzirkel sind: Cemil Bayık, Rıza Altun, Nizamettin Toğuç, Duran Kalkan, Rostam Joudi, Bubezir Aydar und Fehman Huseyin.⁵⁵ Anscheinend gibt es innerhalb der PKK verschiedene Ansichten über das weitere Vorgehen zur Erreichung ihrer Ziele. Gemäss der regierungsnahen Zeitung Today's Zaman befürwortet Karayılan Öcalans dialogbereite Position, während eine Fraktion um Huseyin den bewaffneten Kampf und eine kompromisslosere Linie vertritt.⁵⁶ Offizielle PKK-Verlautbarungen deuten darauf hin, dass sich Karayılan gegen interne Widerstände durchgesetzt hat. So hat die PKK verkündet, keine Gewalt gegen Zivilpersonen mehr anzuwenden.⁵⁷ Ausserdem rief die Gruppe mehrere unilaterale Waffenruhen aus, die aber von der Regierung

⁴⁶ Die Nummerierung stammt vom Autor.

⁴⁷ Die Nummerierung stammt vom Autor.

⁴⁸ www.ihd.org.tr/english/.

⁴⁹ www.tihv.org.tr/index.php?english-1.

⁵⁰ www.khrp.org/.

⁵¹ Die türkische Regierung geht davon aus, dass die PKK über mehrere tausend Kämpfer verfügt. BBC News, Profile: The PKK, 15. Oktober 2010: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/7044760.stm>.

⁵² International Crisis Group, CrisisWatch Database, 1. März 2010.

⁵³ EurasiaNet, PKK's Nihilism Fostering Divisions among Turkey's Kurds, 21. Mai 2010: www.eurasianet.org/node/61121.

⁵⁴ International Crisis Group, CrisisWatch Database, 1. August 2010.

⁵⁵ The Jamestown Foundation, PKK Leadership Under Pressure in the Post-Öcalan Era, 27. November 2007: www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews%5Btt_news%5D=4572.

⁵⁶ Today's Zaman, Renegade groups flourish with PKK in disarray, 20. Oktober 2010: www.todayzaman.com/news-224819-101-renegade-groups-flourish-with-pkk-in-disarray.html.

⁵⁷ NZZ, PKK entschuldigt sich für zivile Opfer bei Anschlägen, 28. Oktober 2010: www.nzz.ch/nachrichten/international/agenx_pkk_entschuldigt_sich_fuer_zivile_opfer_bei_anschlaegen_1.8175654.html.

unbeantwortet blieben.⁵⁸ Es ist unklar, ob die trotzdem stattfindenden Zwischenfälle⁵⁹ durch die PKK provoziert, durch Operationen der Armee ausgelöst wurden oder auf andere kurdische Gruppen zurückgehen.

Es ist ungewiss, wie einflussreich die zentrale Führung der PKK ist. Berichten zufolge stehen verschiedene Untergruppen beim «Einziehen von Spenden» miteinander in Konkurrenz und behalten diese teilweise für sich. Ebenso scheint die Führung die Kontrolle über städtische Widerstandsformen und Demonstrationen zu verlieren.⁶⁰ In den letzten Jahren hat sich die TAK (Freiheitsfalken Kurdistans), die unabhängig von PKK-Waffenruhen Bombenanschläge im Westen der Türkei verübt, abgespalten.⁶¹ Die offizielle PKK hat diese Anschläge verurteilt und beklagt, dass sie ihren Führungsanspruch und den Friedensprozess gefährden.⁶²

Weitere PKK-Namen, Splittergruppen und nahestehende Organisationen⁶³

- ARGK: Volksbefreiungsarmee Kurdistans. Bewaffneter Arm der PKK.
- ERNK: Nationale Befreiungsfront Kurdistans. Teil der PKK.
- KADEK: Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans. In 2002 verkündete die PKK, ihre Aktivitäten einzustellen und fortan als KADEK ihre Ziele friedlich zu verfolgen.
- KCK: Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans. Urbaner Arm der PKK.⁶⁴
- Kongra-Gel: Volkskongress Kurdistans. Alternative Bezeichnung der PKK.
- KHK: Volkskongress Kurdistans. Abkürzung der türkischen Bezeichnung von Kongra-Gel.
- PKK-DCS: Kämpfer der Revolutionären Linie. PKK-Splittergruppe.
- PKK Vejin: Wiederaufleben. PKK-Splittergruppe, die ihren Kämpfern mehr soziale Rechte gibt (Familienleben und Austritt). Mit PKK verfeindet.
- TAK: Freiheitsfalken Kurdistans. Splittergruppe der PKK, die 2006 die Verantwortung für Anschläge in Istanbul und Touristenresorts übernahm.⁶⁵ Anscheinend hat sie auch die Anschläge vom 31. September 2010 in Istanbul ausgeführt.⁶⁶

⁵⁸ Waffenruhe 2006: UK Border Agency, Country of Origin Information Report: Turkey, 9. August 2010. Waffenruhe April 2009: Europa World Online, undatiert, in: UK Border Agency, Country of Origin Information Report: Turkey, 9. August 2010. Waffenruhe 14. August 2010: International Crisis Group, CrisisWatch Database, 1. September 2010. Waffenruhe 1. November 2010: International Crisis Group, CrisisWatch Database, 1. November 2010.

⁵⁹ International Crisis Group, CrisisWatch Database, 1. Januar–1. November 2010.

⁶⁰ EurasiaNet, PKK's Nihilism Fostering Divisions among Turkey's Kurds, 21. Mai 2010.

⁶¹ BBC News, Profile: The PKK, 15. Oktober 2010. NZZ, PKK-Splittergruppe bekennt sich zu Anschlag, 4. November 2010: www.nzz.ch/nachrichten/international/agenx_tuerkei_pkk-splittergruppe_anschlag_1.8272052.html.

⁶² Today's Zaman, Terrorist PKK condemns TAK for Taksim attack, 6. November 2010: <http://todayszaman.com/news-226499-100-terrorist-pkk-condemns-tak-for-taksim-attack.html>.

⁶³ UK Border Agency, Country of Origin Information Report: Turkey, 9. August 2010. Accord, Kurden in der Türkei, Juni 2009. Gesellschaft für bedrohte Völker, Prokurdische Parteien ringen um demokratische Rechte, 25. Februar 2007.

⁶⁴ Human Rights Watch, Protesting as a Terrorist Offense, November 2010, Seite 5: www.hrw.org/node/93926.

⁶⁵ UK Border Agency, Country of Origin Information Report: Turkey, 9. August 2010, Seite 155.

⁶⁶ BBC News, Profile: The PKK, 15. Oktober 2010. NZZ, PKK-Splittergruppe bekennt sich zu Anschlag, 4. November 2010.

3.2 Staatliche Akteure

3.2.1 Armee

Die Armee setzt ihre Aktionen gegen PKK-Kämpfer ungeachtet des ausgerufenen einseitigen PKK-Waffenstillstandes fort⁶⁷ und ist im militarisierten Südosten weiterhin stark präsent.⁶⁸ Das US-Aussenministerium meldete 2009 unrechtmässige Tötungen durch Sicherheitskräfte und deren fehlende Aufklärung und Verurteilung durch die Justiz.⁶⁹ Militärische Aktionen bleiben dabei nicht auf türkisches Staatsgebiet beschränkt, sondern dehnen sich auf PKK-Rückzugsgebiete im angrenzenden Nordirak aus. Auch im Jahr 2010 drangen türkische Truppen und Flugzeuge bei der Verfolgung von PKK-Kämpfern wiederholt auf irakisches Territorium vor und riskierten Spannungen mit der dortigen kurdischen Lokalregierung.⁷⁰

Im Zuge der «demokratischen Öffnung» sollte die grosse Präsenz der türkischen Armee im kurdischen Südosten reduziert werden.⁷¹ Nach dem vorübergehenden Ende des einseitigen PKK-Waffenstillstandes und den zunehmenden Zusammenstössen (siehe Kapitel 2.2) wurden allerdings die Strassen- und Identitätskontrollen verschärft und grosse Gebiete zu militärischen Speerzonen erklärt.⁷²

3.2.2 Justizwesen

Das Justizwesen wird von der Regierung durch Ernennung, Beförderungen von Beamten und Richtern beeinflusst.⁷³ Die am 12. September 2010 angenommene Verfassungsänderung vergrössert ausserdem den Einfluss des Parlaments auf die Ernennung von Richtern.⁷⁴ Neu dürfen Zivilpersonen nicht mehr (auch nicht bei Fällen, die die Staatssicherheit betreffen) von Militärgerichten abgeurteilt werden.⁷⁵ Das Justizwesen ist nach wie vor ein Zentrum des innerstaatlichen Widerstands säkularer türkischer Nationalisten gegen die von der Regierung angestrebten Reformen zugunsten der kurdischen Minderheit.⁷⁶ In diesem Zusammenhang scheint es Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Justizapparat und dem Justizministerium zu geben. Letzteres lehnte in mehreren Fällen die Fortführung von Verfahren wegen «Beleidigung des Türkentums» ab.⁷⁷

⁶⁷ International Crisis Group, CrisisWatch Database, 1. Juli 2010. Europa World Online, undatiert, in: UK Border Agency, Country of Origin Information Report: Turkey, 9. August 2010.

⁶⁸ World Organization Against Torture, Annual Report 2010: Turkey, 13. September 2010, Seite 350: www.ecoi.net/file_upload/1939_1285160586_turkey.pdf.

⁶⁹ Idem.

⁷⁰ The Guardian, Turkish troops' incursion may raise tensions, 16. Juni 2010: www.guardian.co.uk/world/2010/jun/16/turkey-kurds-iraq-rebels.

⁷¹ BBC News, Turkey country profile, 14. September 2010.

⁷² Today's Zaman, Military checkpoints, plateau ban return to southeast Turkey, 14. Juli 2010: www.todayszaman.com/tz-web/detaylar.do?load=detay&link=215992.

⁷³ Freedom House, Freedom in the World 2010 – Turkey.

⁷⁴ The Guardian, Turkey poised for major shakeup, 12. September 2010.

⁷⁵ European Union Commission, Turkey 2010 Progress Report, 9. November 2010, Seite 74: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2010/package/tr_rapport_2010_en.pdf.

⁷⁶ Idem. Human Rights Watch, World Report 2010: Turkey, 2010.

⁷⁷ Amnesty International, Report 2010 – Zur weltweiten Lage der Menschenrechte, 28. Mai 2010: www.ecoi.net/local_link/143468/258391_de.html.

Gemäss einem Artikel des Guardian sitzen aktuell 5000 Menschen kurdischer Ethnie, davon viele Mitglieder der BDP/DTP, wegen Nähe zur PKK in Gefängnissen.⁷⁸

Auf nationaler Ebene problematisch sind die oftmals langen Verfahren,⁷⁹ der teilweise ungenügend gewährte Zugang zu Anwälten und die übermässig engen Beziehungen zwischen Richtern und Staatsanwälten, die ein Hindernis für faire Verfahren darstellen.⁸⁰ Türkische Gerichte sind generell sehr nachlässig beim Verfolgen und Verurteilen von Folter und anderen menschenrechtlichen Vergehen.⁸¹

Hinweise zu problematischen Artikeln im Strafrecht und im Anti-Terror-Gesetz werden im Kapitel 4 (Menschenrechtsverletzungen) gegeben.

3.2.3 Dorfschützer

Im Krieg gegen die PKK setzte die Türkei auf ein System sogenannter Dorfschützer. Diese wurden entweder mit finanziellen Anreizen oder mittels der Drohung, ansonsten vertrieben zu werden,⁸² gekauft beziehungsweise gezwungen, die PKK in ihrem Gebiet zu bekämpfen. Dank ihrer hervorragenden Geländekenntnisse waren sie wertvolle Verbündete der Armee. Obwohl die Dorfschützer kaum ausgebildet und relativ schlecht bezahlt wurden, wurden ihre Löhne für ganze Regionen wichtige Einnahmequellen. Um sich diese Einnahmen weiterhin zu sichern, sind die Dorfschützer dem türkischen Staat gegenüber sehr loyal und bekämpfen jede Entwicklung, die ihren Status gefährden könnte. 2005 gab es fast 60'000 Dorfschützer.⁸³

Das Dorfschützer-System wird von Menschenrechtsorganisationen kritisiert, weil es zu grossen Konflikten innerhalb der Dörfer und innerhalb einzelner Familien führt. Dorfschützer haben teilweise ihre Machtposition zur aussergesetzlichen Regelung privater Konflikte oder zur gewaltsamen Aneignung fremder, durch den Konflikt verlassener Grundstücke ausgenutzt.⁸⁴ Gemäss BBC News und dem Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC) verwehren Dorfschützer häufig kurdischen Bürgerkriegsvertriebenen den Zugang zu ihren Häusern und Grundstücken und stellen ein Haupthindernis für deren Rückkehr dar.⁸⁵ Rückkehrwillige Vertriebene sollen auch ermordet worden sein.⁸⁶ Das US-Aussenministerium berichtet, dass Dorfschützer in Drogenhandel, Diebstahl, Vergewaltigungen verwickelt seien und dabei oftmals von der Gendarmerie gedeckt würden.⁸⁷

⁷⁸ The Guardian, Kurdish show trial shames Turkey, 10. November 2010: www.guardian.co.uk/commentisfree/libertycentral/2010/nov/10/turkey-show-trial-of-kurds.

⁷⁹ Idem.

⁸⁰ US Department of State, 2009 Human Rights Report: Turkey, 11. März 2010.

⁸¹ Idem. Human Rights Watch, World Report 2010: Turkey, 2010.

⁸² Human Rights Watch, World Report 1993: Turkey, 1. Januar 1993.

⁸³ The Jamestown Foundation, Village Guards on the Frontline of Turkey's War on Terrorism, 1. Oktober 2008: www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews%5Btt_news%5D=5193.

⁸⁴ Idem.

⁸⁵ BBC News, Local guards divide Turkish Kurds, 4. August 2006: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/5246068.stm>.

⁸⁶ Global IDP Project, Trapped in Displacement, 4.–5. November 2004: [www.internal-displacement.org/8025708F004BE3B1/%28httpInfoFiles%29/5F2823A9DD8B0D3880257090004E83A7/\\$file/osce_report.pdf](http://www.internal-displacement.org/8025708F004BE3B1/%28httpInfoFiles%29/5F2823A9DD8B0D3880257090004E83A7/$file/osce_report.pdf).

⁸⁷ US Department of State, 2009 Human Rights Report: Turkey, 11. März 2010.

Gemäss einem Bericht von BBC News sollte das System der Dorfschützer langsam auslaufen, in den letzten sechs Jahren hätten keine Rekrutierungen mehr stattgefunden.⁸⁸ Dieser Aussage widerspricht allerdings der Bericht der Europäischen Kommission, dem zufolge auch 2008 noch neue Dorfschützer rekrutiert worden seien.⁸⁹

Auf jeden Fall sind konkrete Schritte zu ihrer Abschaffung ausstehend,⁹⁰ und es sind aktuell immer noch fast 50'000 Dorfschützer aktiv.⁹¹ Das aktuelle Hauptproblem scheint weniger die erzwungene Rekrutierung als die Bedrohung rückkehrwilliger Flüchtlinge durch Dorfschützer zu sein.

3.3 Bevölkerung

Als Folge des periodischen Wiederaufflammens des bewaffneten Konfliktes im von Kurden bewohnten Südosten des Landes erhöhen sich auch die Spannungen zwischen kurdischen Bürgerkriegsvertriebenen und türkischen Bevölkerungsteilen im westlichen Teil der Türkei. Gemäss einem Artikel des Economist gibt es Berichte von Kurdenverfolgungen und versuchter Lynchjustiz seitens türkisch-nationalistischer Bürgerwehren.⁹²

4 Menschenrechtsverletzungen

Im folgenden Kapitel werden einige besonders häufige und für das Thema dieses Berichts relevante Verletzungen der Menschenrechte hervorgehoben. Im Zentrum der Darstellung steht die kurdische Volksgruppe, die von Menschenrechtsverletzungen besonders häufig betroffen ist. Gemäss dem US-Aussendepartement gehören zum Beispiel ungefähr 75 Prozent der gefolterten Menschen in der Türkei der kurdischen Ethnie an.⁹³ Wo keine Angaben für die verschiedenen Ethnien vorhanden sind, wird auf nationale Zahlen zurückgegriffen.

4.1 Politische Rechte

4.1.1 Folter und Straffreiheit

Die Türkei ist Mitglied der UNO-Folterkonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention.⁹⁴ Entsprechend ist Folter in der Türkei verboten.⁹⁵ Die Regierung

⁸⁸ BBC News, Local guards divide Turkish Kurds, 4. August 2006.

⁸⁹ European Union Commission, Turkey 2009 Progress Report, 14. Oktober 2009, Seite 31.

⁹⁰ European Union Commission, Turkey 2010 Progress Report: Conclusions on Turkey, 9. November 2010, Seite 3:
http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2010/package/conclusions_turkey_en.pdf.

⁹¹ Idem.

⁹² The Economist, A never-ending fight, 20. Mai 2010: www.economist.com/node/16167846.

⁹³ US Department of State, 2009 Human Rights Report: Turkey, 11. März 2010.

⁹⁴ Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms, 15. November 2010:
<http://conventions.coe.int/Treaty/Commun/ListeTraites.asp?MA=3&CM=7&CL=ENG>.

⁹⁵ US Department of State, 2009 Human Rights Report: Turkey, 11. März 2010.

hat 2003 eine Politik der Null-Toleranz gegenüber Folter verkündet und plant, dem Zusatzprotokoll der UNO-Folterkonvention beizutreten, womit unangekündigte Besuche von Haftanstalten möglich würden. Gemäss einem Bericht in der Zeitung Today's Zaman soll die Ratifizierung durch das türkische Parlament im Winter 2010/2011 stattfinden.⁹⁶

In der Realität ist Folter allerdings immer noch verbreitet.⁹⁷ Gemäss der Türkischen Gesellschaft für Menschenrechte wurden im Jahr 2009 1094 Fälle von Folter, Misshandlungen und unmenschlicher Behandlung durch staatliche Sicherheitskräfte gemeldet. Im Vergleich zu 2008 (1047) hat sich die Folter-Situation kaum verändert, im Vergleich zu den Jahren 2006 und 2007 ist aber eine massive Erhöhung der gemeldeten Fälle festzustellen.⁹⁸ Es ist unklar, ob es tatsächlich mehr Folterfälle gab oder ob mehr Fälle gemeldet wurden und die Dunkelziffer sank. Auffällig, und vom US-Aussenministerium sowie von Human Rights Watch bestätigt,⁹⁹ ist, dass aufgrund zunehmender Kontrollen in den Gefängnissen, Opfer nun häufiger an unbeobachteten Orten und ausserhalb der Gefängnisse misshandelt werden.¹⁰⁰

	2006	2007	2008	2009
Total Folter und Misshandlungen durch staatliche Stellen ¹⁰¹	641	521	1047	1094
Davon Folter und Misshandlungen durch staatliche Stellen ausserhalb von Gefängnissen	265	184	164	358

Tabelle 2: Folter und Misshandlungen 2005–2009.¹⁰²

Im Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission werden Fortschritte im Kampf gegen Folter festgestellt, aber gleichzeitig der nach wie vor vorkommende unverhältnismässige Einsatz von Gewalt beklagt. Ausserdem würden gegen Folteropfer häufig Gegenklagen erhoben, was eine abschreckende Wirkung habe.¹⁰³

Als Folge der massenhaften Verhaftungen von jugendlichen Demonstrationsteilnehmenden unter dem Anti-Terror-Gesetz (siehe Kapitel 4.1.5) wurden 2009/2010 auch vermehrt Jugendliche gefoltert, mit Verschwindenlassen und Tötung bedroht und unmenschlich behandelt.¹⁰⁴

Amnesty International beklagt, dass die strengeren Gesetze gegen Folter aufgrund fehlender Kontrollen und mangelhafter Umsetzung keine abschreckende Wirkung

⁹⁶ Today's Zaman, Turkey set to ratify UN optional convention against torture, 28. September 2010: www.todayszaman.com/tz-web/detaylar.do?load=detay&link=222862.

⁹⁷ US Department of State, 2009 Human Rights Report: Turkey, 11. März 2010.

⁹⁸ Human Rights Association, Turkey, Human Rights Violation, 2005–2010: www.ihd.org.tr/english/index.php?option=com_content&view=article&id=49&Itemid=41.

⁹⁹ US Department of State, 2009 Human Rights Report: Turkey, 11. März 2010. Human Rights Watch, World Report 2010: Turkey, 2010.

¹⁰⁰ Human Rights Association, Turkey, Human Rights Violation 2005–2010.

¹⁰¹ Zusammengerechnet wurden jeweils «torture and ill-treatment», «under custody», «out of official detention places», «village guards» und «in prison».

¹⁰² Idem.

¹⁰³ European Union Commission, Turkey 2010 Progress Report, 9. November 2010, Seite 2.

¹⁰⁴ Inter Press Service (IPS), Torture – Live and Well in Turkey, 4. Mai 2010: <http://ipsnews.net/news.asp?idnews=51307>.

haben und in einem allgemeinen Klima der Straffreiheit weiterhin gefoltert wird.¹⁰⁵ Folterer wie auch Verantwortliche von aussergerichtlichen Tötungen (siehe Kapitel 4.1.2) werden von den Behörden, Richtern, Staatsanwälten immer noch geschützt.¹⁰⁶

4.1.2 Aussergerichtliche Tötung und Verschwindenlassen

Gemäss der Türkischen Gesellschaft für Menschenrechte werden jährlich Dutzende Menschen, hauptsächlich infolge unverhältnismässigen Gewalteinsatzes während Demonstrationen oder an Strassensperren, durch Sicherheitskräfte getötet.¹⁰⁷ Obwohl die Zahlen nicht zwischen den Volksgruppen unterscheiden, kann aufgrund der Häufung von Demonstrationen und Strassensperren in kurdischen Gebieten davon ausgegangen werden, dass kurdischstämmige Türken besonders stark betroffen sind. Auch in Gefängnissen sterben jedes Jahr Menschen, wobei die gemeldete Anzahl Todesfälle in den letzten Berichtsjahren (2008 und 2009) drastisch zugenommen hat. Wie im Kapitel über Folter ist auch hier unklar, ob es tatsächlich mehr Fälle aussergerichtlicher Tötungen gab oder in den Vorjahren die Dunkelziffer höher war.

Laut dem US-Aussendepartement gab es 2009 im Unterschied zum Vorjahr keine Berichte von politisch motiviertem Verschwindenlassen.¹⁰⁸

	2006	2007	2008	2009
Aussergerichtliche Tötungen durch Sicherheitskräfte	44	34	35	97
Aussergerichtliche Tötungen in Gefängnissen	21	11	45	42
Tötungen, die illegalen Organisationen zugeschrieben werden	8	12	34	6

Tabelle 3: Aussergerichtliche Tötungen in der Türkei 2006–2009.¹⁰⁹

4.1.3 Meinungsäusserungsfreiheit

Der Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission hält fest, dass türkisches Recht die Meinungsäusserungsfreiheit nicht gemäss der – auch für die Türkei bindenden – Europäischen Menschenrechtskonvention garantiert.¹¹⁰

Menschen und insbesondere JournalistInnen, die sich kritisch zu den Streitkräften, den Menschenrechtspraktiken der Sicherheitskräfte oder der Kurdenpolitik äusseren, mussten 2009 damit rechnen, zum Ziel strafrechtlicher Ermittlungen zu werden.¹¹¹ Immer noch – wenn auch weniger häufig als in den Vorjahren¹¹² – wurden

¹⁰⁵ Amnesty International, Turkey: Briefing to the Committee against Torture, Oktober 2010: www.amnesty.org/en/library/asset/EUR44/023/2010/en/4434bc03-3bdc-4240-8f3b-7bbe45a32901/eur440232010en.pdf.

¹⁰⁶ IPS, Torture – Live and Well in Turkey, 4. Mai 2010.

¹⁰⁷ Human Rights Association, Turkey, Human Rights Violation 2006–2009.

¹⁰⁸ US Department of State, 2009 Human Rights Report: Turkey, 11. März 2010.

¹⁰⁹ Human Rights Association, Turkey, Human Rights Violation 2006–2009.

¹¹⁰ European Union Commission, Turkey 2010 Progress Report, 9. November 2010, Seite 21.

¹¹¹ Amnesty International, Report 2010 – Zur weltweiten Lage der Menschenrechte, 28. Mai 2010. Human Rights Watch, World Report 2010: Turkey, 2010.

¹¹² US Department of State, 2009 Human Rights Report: Turkey, 11. März 2010.

Verfahren wegen Verstosses gegen Art. 301 des Strafgesetzbuches, der die «Beleidigung des Türkentums» unter Strafe stellt, eingeleitet, meist aber später vom Justizministerium eingestellt.¹¹³

Der Europäischen Kommission zufolge werden Menschen, die friedlich ihre Meinung äussern, unter anderem mittels folgender Artikel des Strafgesetzbuches angeklagt: Diffamierung: Art. 125. Vergehen gegen die öffentliche Ordnung: Art. 214, 216, 217, 218, 220. Gefährdung der Sicherheit des Staates und der verfassungsmässigen Ordnung: Art. 305, 312 und 314. Verbot von Obszönitäten: Art. 226. Untergraben der Wehrdienstmotivation: Art. 318.¹¹⁴

4.1.4 Versammlungsfreiheit/Organisationsfreiheit

Am 11. Dezember 2009 wurde die kurdische Partei DTP wegen Kooperation mit der PKK vom Verfassungsgericht verboten. 37 Mitglieder erhielten ein fünfjähriges Politikverbot. Gemäss Human Rights Watch erfolgte das Verbot aufgrund von Aussagen von Parteimitgliedern, die weder zu Gewalt aufriefen noch diese verherrlichten. Seit dem Parteiverbot wurden über 1000 DTP/BDP-Mitglieder wegen der Benützung der kurdischen Sprache an politischen Veranstaltungen oder kritischen Äusserungen gegen die Regierung angeklagt.¹¹⁵ Im Westen der Türkei wurden teilweise Parteibüros der kurdischen Partei BDP (früher DTP) von aufgebracht türkischen Nationalisten angegriffen und angezündet.¹¹⁶

Menschenrechtsverteidiger, die Menschenrechtsverletzungen dokumentieren, werden regelmässig in Prozesse verwickelt. In mehreren Fällen wurde versucht, Menschenrechtsorganisationen gerichtlich verbieten zu lassen.¹¹⁷ Die Anklage argumentierte, dass die Aktivitäten nicht mit den deklarierten Zielen der Organisation übereinstimmen würden.¹¹⁸

4.1.5 Demonstrationsfreiheit

Unter dem Anti-Terror-Gesetz von 2006 werden (auch friedliche) Teilnehmende illegaler Demonstrationen wie Mitglieder der PKK behandelt.¹¹⁹ Bereits die Teilnahme an einer von der PKK unterstützten Demonstration gilt als terroristischer Akt im Namen der PKK (Art. 220/6 türkisches Strafgesetz), und Beteiligte werden wie bewaffnete Kämpfer behandelt (Art. 314/2 türkisches Strafgesetz). Im Wiederholungsfall drohen Demonstranten bis zu 28 Jahre Haft.¹²⁰ Häufig werden DemonstrantInnen auch wegen Verstoss gegen Art. 7/2 des Anti-Terror-Gesetzes, «Propaganda für eine terroristische Organisation», verurteilt.¹²¹

¹¹³ Amnesty International, Report 2010 – Zur weltweiten Lage der Menschenrechte, 28. Mai 2010.

¹¹⁴ European Union Commission, Turkey 2010 Progress Report, 9. November 2010, Seite 20.

¹¹⁵ US Department of State, 2009 Human Rights Report: Turkey, 11. März 2010.

¹¹⁶ Berliner Zeitung, Übergriffe auf Kurden in türkischen Städten, 29. Oktober 2009: www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2007/1029/politik/0028/index.html.

¹¹⁷ Amnesty International, Report 2010 – Zur weltweiten Lage der Menschenrechte, 28. Mai 2010.

¹¹⁸ World Organization Against Torture, Annual Report 2010: Turkey, 13. September 2010, Seite 352.

¹¹⁹ New York Times, Turkey Softens Law That Jailed Young Kurds, 29. Juli 2010: www.nytimes.com/2010/07/30/world/asia/30kurds.html. European Union Commission, Turkey 2009 Progress Report, 14. Oktober 2009, Seite 30.

¹²⁰ Human Rights Watch, Protesting as a Terrorist Offense, November 2010, Seite 2.

¹²¹ Idem, Seite 22.

Gemäss Human Rights Watch werden friedliche DemonstrantInnen teilweise gar zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt als tatsächliche PKK-Kämpfer, die von Amnestie-Angeboten profitieren können.¹²²

Verhaftete jugendliche Demonstranten wurden ungeachtet ihres Alters und der Schwere ihres Vergehens zu langjährigen Haftstrafen wegen «Vergehen im Namen der PKK» verurteilt.¹²³ Nach einer Gesetzesänderung im Juli 2010 werden nun Jugendliche von Jugendgerichten beurteilt und gelten nicht mehr automatisch als Mitglieder der PKK.¹²⁴ Bis im Oktober 2010 sollen alle verhafteten Jugendlichen freigelassen worden sein. Allerdings wurden damit ihre Strafprozesse nicht abgeschlossen, sondern nur an höhere Instanzen weitergeleitet.¹²⁵

Im Jahr 2010 gab es weniger Zwischenfälle während der 1.-Mai-Demonstrationen als in den Vorjahren.¹²⁶ Seit Juli 2010 müssen Polizisten während Demonstrationseinsätzen auf ihren Helmen gut sichtbare Nummern tragen, um sie bei Übergriffen eindeutig identifizieren zu können.¹²⁷

4.2 Kulturelle Rechte

Insgesamt sind im Bereich der kulturellen Rechte der Kurden Verbesserungen festzustellen. Seit dem 13. November 2009 ist der Gebrauch der kurdischen Sprache in den Medien und in privaten Schulen grundsätzlich erlaubt.¹²⁸ Trotzdem: Kurden, die öffentlich zu ihrer ethnischen, kulturellen und sprachlichen Identität stehen, riskieren weiterhin Belästigungen, Zensur oder Verfolgung.¹²⁹

4.2.1 Sprache

Seit September 2009 dürfen Häftlinge mit ihren Besuchern Kurdisch sprechen,¹³⁰ kurdische Dörfer, die türkische Namen erhielten, dürfen wieder ihre originalen Namen zurückerhalten,¹³¹ und auch kurdische Namen sind seit 2003 erlaubt.¹³² Bezüglich der Namenswahl ist anzumerken, dass diese zwar frei ist, aber die vier im türkischen Alphabet nicht vorhandenen Buchstaben W, X, Q und î und die damit geschriebenen kurdischen Namen weiterhin nicht zugelassen werden.¹³³

¹²² Idem, Seite 3.

¹²³ Amnesty International, Report 2010 – Zur weltweiten Lage der Menschenrechte, 28. Mai 2010.
Human Rights Watch, World Report 2010: Turkey, 2010.

¹²⁴ Amnesty International, Turkey ends prosecution of child demonstrators under anti-terror laws, 23. Juli 2010: www.unhcr.org/refworld/country,,,TUR,,4c4e8d911a,0.html.

¹²⁵ NZZ, Türkische Kurdenpolitik in der Sackgasse, 8. Oktober 2010: www.nzz.ch/nachrichten/international/die_tuerkische_kurdenpolitik_in_der_sackgasse_1.7896564.html.

¹²⁶ Human Rights Watch, World Report 2010: Turkey, 2010.

¹²⁷ Idem.

¹²⁸ Idem. US Department of State, 2009 Human Rights Report: Turkey, 11. März 2010.

¹²⁹ Idem.

¹³⁰ Idem.

¹³¹ Reuters, Turkey renames village as part of Kurdish reforms, 20. August 2009: www.reuters.com/article/idUSLK427538.

¹³² European Journal of Turkish Studies, Incoherent State: The Controversy over Kurdish Naming in Turkey, Oktober 2009: <http://ejts.revues.org/index4142.html#tocto1n4>.

¹³³ Human Rights Association, Turkey, The Kurdish Issue, November 2009: www.ihd.org.tr/english/index.php?option=com_content&view=article&id=675:human-rightsthe-

Neben diesen Fortschritten gibt es aber nach wie vor grosse Einschränkungen bei der ungehinderten Benutzung der kurdischen Sprache. Wie in Kapitel 4.1.4 erwähnt, werden weiterhin kurdische Politiker wegen des Gebrauchs der kurdischen Sprache während politischer Veranstaltungen (wie etwa des Begrüssens von Parteimitgliedern auf Kurdisch) und wegen der Verwendung von kurdischen Broschüren, Einladungen oder Neujahrskarten angeklagt.¹³⁴ Im April 2010 wurde das Wahlgesetz geändert, Kampagnen in anderen Sprachen als Türkisch wurden erlaubt.¹³⁵ Gleichzeitig bleiben politische Aktivitäten, zum Beispiel politische Reden oder Verteilen von politischem Werbematerial in anderen Sprachen als Türkisch, gemäss Art. 81 des Gesetzes über politische Parteien weiterhin verboten.¹³⁶ Ebenfalls im April 2010 wurde der Führer einer kurdischen Zeitung verhaftet, weil er sich in einem Prozess¹³⁷ in kurdischer Sprache verteidigen wollte.¹³⁸

4.2.2 Medien

Fernsehsender dürfen nun unbegrenzt auf Kurdisch senden, und auch kurdische Zeitungen sind erlaubt.¹³⁹ Seit November 2009 sind die zahlreichen einschränkenden technischen und regulatorischen Vorschriften¹⁴⁰ aufgehoben und auch Kinder- und Bildungsangebote in kurdischer Sprache erlaubt.¹⁴¹ Gleichzeitig bleiben allerdings politische Diskurse auf Kurdisch nach wie vor verboten, wobei der gesetzliche Interpretationsspielraum für die Überwacher gross und die Anwendung uneinheitlich ist.¹⁴²

Wie die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) berichtet, waren im Dezember 2009 in der Türkei ungefähr 3700 Internetseiten von den Behörden blockiert. Darunter befinden sich international bekannte Seiten wie Geocities und einzelne Google-Dienste, aber auch viele türkische Nachrichtenseiten, die über die Lage in den kurdischen Gebieten berichten.¹⁴³

Der Fortschrittsbericht 2010 der Europäischen Kommission hält fest, dass die grosse Anzahl von Prozessen und Druck auf die Medien die Pressefreiheit bedrohten.¹⁴⁴ Auch der Pressefreiheitsindex von Reportern ohne Grenzen für 2010 bestätigt die kritische Einschätzung zur Pressefreiheit und platziert die Türkei auf dem 138. von

kurdish-issue-and-turkey&catid=17:special-reports&Itemid=37. European Journal of Turkish Studies, Incoherent State: The Controversy over Kurdish Naming in Turkey, Oktober 2009.

¹³⁴ Freedom House, Freedom in the World 2010 – Turkey. Human Rights Association, Turkey, The Kurdish Issue, November 2009.

¹³⁵ Human Rights Watch, Protesting as a Terrorist Offense, November 2010, Seite 10.

¹³⁶ Idem.

¹³⁷ Er ist wegen Verbindungen zur PKK angeklagt, nachdem er in einem Artikel Abdullah Öcalan als Führer des kurdischen Volkes bezeichnete.

¹³⁸ Bianet, Journalist Detained for Speaking Kurdish at Court, 9. April 2010: <http://bianet.org/english/minorities/121205-journalist-detained-for-speaking-kurdish-at-court>.

¹³⁹ Freedom House: Freedom in the World 2010 – Turkey.

¹⁴⁰ European Union Commission, Turkey 2009 Progress Report, 14. Oktober 2009, Seite 52.

¹⁴¹ European Union Commission, Turkey 2010 Progress Report, 9. November 2010, Seite 57.

¹⁴² Idem, Seite 33.

¹⁴³ OSCE, Representative on Freedom of the Media Turkey, 1. Januar 2010, Seite 2: www.osce.org/documents/rfm/2010/01/42294_en.pdf.

¹⁴⁴ European Union Commission, Turkey 2010 Progress Report, 9. November 2010, Seite 1.

178 Plätzen.¹⁴⁵ Dies ist ein deutlicher Rückschritt zu den Jahren 2009 (Rang 122) und 2008 (Rang 102).

2009 wurden zwei Zeitschriften, die sich für die Menschenrechte der kurdischen Minderheit einsetzten, wegen Unterstützung der PKK verboten.¹⁴⁶

4.2.3 Bildung

In öffentliche Schulen wird nur auf Türkisch unterrichtet. Türkische StaatsbürgerInnen dürfen gemäss Art. 42 der Verfassung in Bildungseinrichtungen keine andere Muttersprache als Türkisch lernen.¹⁴⁷ Seit 2003 ist das Unterrichten anderer – also auch der kurdischen Sprache – in privaten Sprachkursen erlaubt, allerdings erschweren administrative Hürden und die hohen Kosten den Erfolg solcher Kurse. Eingeschränkt sind beispielsweise die Rekrutierung von Lehrkräften und die Fremdfinanzierung der Kurse. Ausserdem dürfen erst Jugendliche ab einem bestimmten Alter die Kurse besuchen.¹⁴⁸ In der Praxis können Kinder mit einer anderen Muttersprache als Türkisch diese in der Schule nicht lernen.¹⁴⁹

Im September 2009 wurde in Mardin ein Universitätskurs in lebenden Sprachen (hauptsächlich Kurdisch) erlaubt.¹⁵⁰ Die NZZ schreibt dazu: «Der Umstand, dass der Begriff ‚Kurdisch‘ bei der Bezeichnung des Fachbereichs nicht vorkommt, zeigt einmal mehr die Widersprüchlichkeit der Kurdenpolitik Ankaras.»¹⁵¹

Es sind keine Zahlen für den Schulerfolg ethnischer Minderheiten verfügbar. Die nationalen Statistiken lassen aber dennoch einige Rückschlüsse auf die Situation im hauptsächlich von Kurden besiedelten Südosten zu. Die Alphabetisierungsquote im Südosten beträgt 73,3 Prozent und ist damit wesentlich tiefer als das nationale Mittel (87,4 Prozent). 8,4 Prozent der Bevölkerung im Südosten verfügen über einen Mittelschulabschluss, in der Gesamttürkei sind es 13,3 Prozent.¹⁵²

¹⁴⁵ Reporters Without Borders, Press Freedom Index 2010: <http://en.rsf.org/press-freedom-index-2010,1034.html>.

¹⁴⁶ Reporters Without Borders, Government urged to include press freedom in its opening to Kurdish minority, 2. September 2009: <http://en.rsf.org/turkey-government-urged-to-include-press-02-09-2009,34368>.

¹⁴⁷ Accord, KurdInnen in der Türkei, Juni 2009, Seite 9.

¹⁴⁸ Minority Rights Group International, A Quest for Equality: Minorities in Turkey, 2007, Seite 16: www.minorityrights.org/download.php?id=432.

¹⁴⁹ European Union Commission, Turkey 2010 Progress Report, 9. November 2010, Seite 33.

¹⁵⁰ European Union Commission, Turkey 2009 Progress Report, 14. Oktober 2009, Seite 28.

¹⁵¹ NZZ, Türkische Kurdenpolitik in der Sackgasse, 8. Oktober 2010.

¹⁵² Minority Rights Group International, Forgotten or Assimilated?, Minorities in the Education System of Turkey, 2009, Seite 12: www.theewc.org/uploads/content/MRGTurkeyRepQ7_26Feb09%5B1%5D.pdf.

5 Gefährdungsprofile

Im Folgenden werden einige Gruppen von Zivilpersonen hervorgehoben, die aufgrund ihrer kurdischen Ethnie oder aufgrund ihrer Beschäftigung mit dem Kurdenkonflikt besonders gefährdet sind, oben dargestellte oder weitere Menschenrechtsverletzungen erleiden zu müssen.

Die Darstellung der Gefährdungsprofile ist ausdrücklich nicht abschliessend.

5.1.1 Politiker und politisch aktive Kurden

Kurdische Bürger können sich ohne weiteres politisch betätigen, sofern sie sich sprachlich und kulturell assimilieren. Politisch aktive Kurden, die ihre kurdische Identität auch als PolitikerInnen öffentlich pflegen, werden hingegen regelmässig angeklagt, Mitglieder der verbotenen PKK zu sein, riskieren Haftstrafen oder langjährige politische Betätigungsverbote.¹⁵³ Menschenrechtsorganisationen berichten von über 1000 Anklagen gegen DTP/BDP-Mitglieder, weil diese in politischen Diskussionen Kurdisch gesprochen oder sich kritisch gegenüber dem Staat geäussert haben.¹⁵⁴

Am 21. April 2010 wurden der Bürgermeister der grössten kurdischen Stadt Diyarbakir, Osman Baydemir, und der frühere Präsident der DTP, Nejmet Atalay, zu Gefängnisstrafen wegen Verbreiten terroristischer Propaganda verurteilt, weil sie in einer öffentlichen Rede die PKK-Kämpfer als «Guerillas» anstatt als «Terroristen» bezeichnet hatten.¹⁵⁵

Am 18. Oktober 2010 hat ein Massenprozess gegen 151 hochrangige kurdische Politiker begonnen. Sie werden aufgrund ihrer politischen Tätigkeiten angeklagt, Mitglieder der PKK zu sein oder diese zu unterstützen und die türkische territoriale Integrität zu unterminieren.¹⁵⁶ Beobachter sprechen von einem politisch motivierten Prozess,¹⁵⁷ konstruierten Anklagen¹⁵⁸ und vom Versuch (des Justizwesens), die «demokratische Öffnung» zu beenden.¹⁵⁹

5.1.2 Menschenrechtsaktivisten

Laut Human Rights Watch wurden im Jahr 2009 Menschen verfolgt, die friedfertig kritische Ansichten über das Kurdenproblem äusserten.¹⁶⁰

¹⁵³ Human Rights Watch, World Report 2010: Turkey, 2010. International Crisis Group, CrisisWatch Database, 4. Januar 2010.

¹⁵⁴ US Department of State, 2009 Human Rights Report: Turkey, 11. März 2010.

¹⁵⁵ Idem.

¹⁵⁶ Reuters, Turkey begins trial of 151 pro-Kurdish politicians, 18. Oktober 2010: <http://af.reuters.com/article/worldNews/idAFTRE69H1C820101018>.

¹⁵⁷ NZZ, Türkische Kurdenpolitik in der Sackgasse, 8. Oktober 2010.

¹⁵⁸ The Guardian, Kurdish show trial shames Turkey, 10. November 2010.

¹⁵⁹ Reuters, Turkey begins trial of 151 pro-Kurdish politicians, 18. Oktober 2010.

¹⁶⁰ Human Rights Watch, World Report 2010: Turkey, 2010.

Im Anschluss an die Veröffentlichung von Menschenrechtsberichten, die Missstände in Haftanstalten anprangerten, wurden Vertreter der Türkischen Gesellschaft für Menschenrechte willkürlich verhaftet und in juristische Prozesse verwickelt. Weiter fanden willkürliche Durchsuchungen privater Wohnungen und Gesellschaftsräumlichkeiten statt.¹⁶¹ Ein Anklagepunkt ist, dass die Organisation nicht im Einklang mit ihren deklarierten Zielen handle.¹⁶²

5.1.3 Journalisten

Journalisten, die kritisch über das Kurdenproblem oder das Militär berichteten, riskieren, juristisch verfolgt und verhaftet zu werden.¹⁶³

2009 wurden 22 Journalisten unter dem Anti-Terror-Gesetz angeklagt, in den ersten drei Monaten 2010 waren es bereits 15. Die stark zunehmende Zahl kann sowohl als Folge einer repressiveren Gangart des Justizwesens als auch als Konsequenz von zunehmend mutigeren und sich weniger stark selbst zensurierenden Journalisten interpretiert werden.¹⁶⁴

Der Träger des Preises für Pressefreiheit der türkischen Journalismus-Gesellschaft, Vedat Kursun, wurde unter dem Anti-Terror-Gesetz wegen Propaganda für die PKK zu 166 Jahren Gefängnis verurteilt.¹⁶⁵

Gewalttätige Übergriffe gegen Journalisten haben abgenommen, kommen aber weiterhin vor.¹⁶⁶

	2006	2007	2008	2009
Angriffe auf Journalisten mit Verletzungsfolgen	26	20	6	10
Angriffe auf Journalisten mit Todesfolge	Keine Angaben	4	0	2

Tabelle 4: Angriffe gegen Journalisten.

5.1.4 Wehrdienstverweigerer

Militärdienst ist in der Türkei obligatorisch, und es gibt kein Recht auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen.¹⁶⁷ Verweigerer werden mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft und danach in der Regel wieder aufgebeten, worauf sich das Ver-

¹⁶¹ World Organization Against Torture, Annual Report 2010: Turkey, 13. September 2010, Seite 353.

¹⁶² Idem.

¹⁶³ BBC News, Turkey country profile, 14. September 2010. Amnesty International, Report 2010 – Zur weltweiten Lage der Menschenrechte, 28. Mai 2010. World Organization Against Torture, Annual Report 2010: Turkey, 13. September 2010, Seite 350.

¹⁶⁴ EurasiaNet, Tougher Political Climate in Turkey Taking Toll on Journalists, 21. Juni 2010: www.eurasianet.org/node/61363.

¹⁶⁵ Reporters Without Borders, Kurdish journalist serving 166-year jail term wins press freedom prize, 30. Juli 2010: <http://en.rsf.org/turkey-kurdish-journalist-serving-166-30-07-2010,38069.html>.

¹⁶⁶ Human Rights Association, Turkey, Human Rights Violation 2006–2009.

¹⁶⁷ Amnesty International, Turkey: Further information: Conscientious objector convicted: Enver Aydemir, 8. April 2010: www.amnesty.org/en/library/asset/EUR44/006/2010/en/12f36cf5-d7b2-4b89-adb5-a38b37a3e90d/eur440062010en.html.

fahren wiederholt – das Führen eines normalen zivilen Lebens ist häufig nicht mehr möglich.¹⁶⁸ Kurdischstämmige Dienstpflichtige verweigern den Militärdienst häufig, weil sie nicht gegen Ihresgleichen kämpfen wollen. Es gibt auch Berichte, dass kurdische Soldaten diskriminiert werden, vor allem wenn sie unter Verdacht stehen, Sympathien für die PKK zu haben.¹⁶⁹

5.1.5 Bürgerkriegsvertriebene

Zwischen 1986 und 2005 wurden über eine Million Menschen – in der grossen Mehrheit Kurden – vertrieben.¹⁷⁰ Seither leben viele als Binnenflüchtlinge in prekären Verhältnissen und leiden unter wirtschaftlichen und sozialen Benachteiligungen.¹⁷¹ Bis im Juli 2009 waren nur ungefähr 150'000 von ihnen zurückgekehrt.¹⁷² Gründe für die langsame Rückkehr sind neben der Unsicherheit durch Armeeoperationen (inklusive Sperrgebiete) vor allem die von der Armee zerstörten Felder,¹⁷³ Häuser und Dörfer, die ungenügende staatliche Wiederaufbau-Unterstützung¹⁷⁴ und die Dorfschützer, die Rückkehrwillige mit Gewalt an der Rückkehr hindern (siehe Kapitel 3.2.3).

5.1.6 Demonstranten

Teilnehmende pro-kurdischer Demonstrationen riskieren, als Mitglieder der PKK angeklagt und zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt zu werden.¹⁷⁵

Stellvertretend für viele andere Fälle werden hier drei Einzelfälle vorgestellt:

Im März 2009 wurde der 14-jährige A. Y. für schuldig befunden, Propagandamaterial für eine terroristische Vereinigung hergestellt zu haben und Mitglied dieser Vereinigung zu sein. Er soll im Oktober 2008 an einer Demonstration teilgenommen haben. Die Haftstrafe wurde auf drei Jahre, einen Monat und 15 Tage festgesetzt.¹⁷⁶

Der Student Murat Işıkırık wurde zu sechs Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er an einer Beerdigung von PKK-Kämpfern ein «Victory»-Zeichen gemacht hat.¹⁷⁷

Vesile Tadik wurde zu sieben Jahren Haft verurteilt, weil sie auf einer Demonstration ein Plakat mit dem Spruch «Der Frieden führt über Öcalan» in den Händen gehalten hatte.¹⁷⁸

¹⁶⁸ Idem.

¹⁶⁹ Quaker Council for European Affairs.

¹⁷⁰ IDMC, Turkey: Need for continued improvement in response to protracted displacement, 26. Oktober 2009, Seite 1.

¹⁷¹ European Union Commission, Turkey 2009 Progress Report, 14. Oktober 2009, Seite 31.

¹⁷² IDMC, Turkey: Need for continued improvement in response to protracted displacement, 26. Oktober 2009, Seite 4.

¹⁷³ Idem, Seite 4.

¹⁷⁴ Idem, Seite 1.

¹⁷⁵ Human Rights Watch, World Report 2010: Turkey, 2010. Human Rights Watch, Turkey: Terrorism Laws Used to Jail Kurdish Protesters, 1. November 2010: www.hrw.org/en/news/2010/11/01/turkey-terrorism-laws-used-jail-kurdish-protesters.

¹⁷⁶ Amnesty International, Report 2010 – Zur weltweiten Lage der Menschenrechte, 28. Mai 2010.

¹⁷⁷ Human Rights Watch, Turkey: Terrorism Laws Used to Jail Kurdish Protesters, 1. November 2010.

¹⁷⁸ Idem.

5.1.7 Häftlinge

In der Türkei gibt es drei Gefängnistypen. F-Typ-Hochsicherheitsgefängnis, E-Typ mit mittlerer Sicherheit und «offene» Gefängnisse, in denen Häftlinge mehrheitlich in grossen Gruppen untergebracht sind.¹⁷⁹ Insbesondere die F-Typ-Gefängnisse werden von Menschenrechtsorganisationen und der EU-Kommission kritisiert, weil sie darauf ausgelegt sind, die Gefangenen zu isolieren, und keine angemessenen sozialen Einrichtungen vorgesehen sind.¹⁸⁰ Ausserdem befürchten die Häftlinge, in den Einzelzellen Übergriffen wehrlos ausgesetzt zu sein.¹⁸¹

Die Haftbedingungen haben sich 2009 verbessert, waren aber immer noch unbefriedigend.¹⁸² Das US-Aussenministerium kritisiert die nach wie vor unzureichenden finanziellen Ressourcen, die ungenügenden Platzverhältnisse und die mangelhafte Ausbildung und Kontrolle der Wärter.¹⁸³ Amnesty International beklagt die mangelnde Gesundheitsversorgung, Verweigerung des Rechts auf Kontakt mit anderen Gefangenen und die gemeinsame Unterbringung von Kindern, Frauen und Männern.¹⁸⁴ Das Lesen kurdischer Publikationen und das Kommunizieren auf Kurdisch wurden gemäss mehreren Berichten von den Behörden behindert.¹⁸⁵

Häftlinge, insbesondere kurdischer Ethnie, riskieren immer noch Folter und unmenschliche Behandlung (siehe Kapitel 4.1.1). Gemäss den Zahlen der Türkischen Gesellschaft für Menschenrechte sterben jährlich Häftlinge aufgrund von Gewaltanwendung der Sicherheitskräfte. Der Trend über die letzten Jahre zeigt keine Abnahme, sondern eher eine Zunahme solcher Fälle,¹⁸⁶ wobei auch hier (siehe auch Kapitel 5.1.3) unsicher ist, ob die tatsächliche Fallzahl zugenommen hat oder ob der Mut, Übergriffe und gewaltsame Todesfälle zu melden, gestiegen ist.

	2006	2007	2008	2009
Todesfälle durch Gewalteinwirkung in Gefängnissen	17	6	37	36

Tabelle 5: Todesfälle durch Gewalteinwirkung in Gefängnissen.¹⁸⁷

¹⁷⁹ Immigration and Refugee Board of Canada, Turkey: Prison conditions and the treatment of prisoners in civilian and F-type prisons, including the prevalence of torture and the state response to it, 7. Juni 2007: www.unhcr.org/refworld/docid/47d6547e23.html.

¹⁸⁰ Haldane Society of Socialist Lawyers, Conditions of Detention in Turkey: Blocking Admission to the EU, Februar 2009, Seite 25: www.tooks.co.uk/library/haldane_society_conditions_of_detention_booklet.pdf.

¹⁸¹ BBC News, Turkey halts prison plans, 15. Juli 2001: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/1440627.stm>.

¹⁸² US Department of State, 2009 Human Rights Report: Turkey, 11. März 2010.

¹⁸³ Idem.

¹⁸⁴ Amnesty International, Report 2010 – Zur weltweiten Lage der Menschenrechte, 28. Mai 2010.

¹⁸⁵ Human Rights Association, Turkey, The Kurdish Issue, November 2009.

¹⁸⁶ Asylmagazin, Türkei, Helmut Oberdiek, Mögliche Gefährdung ehemaliger PKK-Kämpfer, September 2010, Seite 307. Human Rights Association, Turkey, Human Rights Violation 2006–2009.

¹⁸⁷ Idem.

6 Fazit

Unter der Führung der moderat islamischen AKP hat sich die Türkei in den letzten Jahren wirtschaftlich und politisch reformiert und dabei auch die kulturellen Rechte ihrer kurdischen Minderheit in gewissen Aspekten verbessert. Das Land versteht sich heute als aufstrebende und unabhängige regionale Wirtschafts- und Militärmacht. Das zunehmende Selbstbewusstsein kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Land nach wie vor vom Machtkampf zwischen Justizapparat, Militär und der nationalistischen säkularen Opposition einerseits und der von der Mehrheit des Volkes gestützten AKP-Regierung andererseits geprägt wird. Tiefe ideologische Gräben trennen beide Gruppen und erschweren weitere und schnellere Reformen zum Nutzen aller und vor allem der kurdischen Minderheit. Unterschiedliche und teilweise gegensätzliche Interessen wichtiger Staatsorgane führen zu widersprüchlichen Signalen an die kurdischen Bevölkerungsteile und an europäische Beobachter.

Die einseitige Waffenruhe, die Verurteilung von Anschlägen, die Verhandlungen zwischen Öcalan und der Regierung und der proklamierte Gewaltverzicht gegen Zivilisten deuten darauf hin, dass die Führung der PKK momentan ihre Ziele mit friedlichen Mitteln anstrebt (siehe Kapitel 2.2 und 3.1.4). Damit werden ernsthafte Verhandlungen zwischen Vertretern der Kurden und der Regierung möglich, und es besteht Hoffnung auf Fortschritte beim Lösen des Konflikts. Allerdings gibt es offensichtlich PKK-Fraktionen und Gruppen innerhalb des türkischen Staats, die kein Interesse an einem Frieden haben und die Aussöhnung teilweise mit Gewalt zu verhindern versuchen (siehe Kapitel 2.2).

Eine positive Entwicklung sind die Aufhebung der Restriktionen kurdischer Medien im November 2009 und die Möglichkeit für Privatschulen, kurdischen Sprachunterricht anbieten dürfen.

Negativ ist, dass immer noch, gemäss den vorliegenden Zahlen gar zunehmend, kritische JournalistInnen, kurdische Zeitungen, MenschenrechtsaktivistInnen, DemonstrantInnen, PolitikerInnen und Parteien juristisch verfolgt, verhaftet und verboten werden. Die Haftbedingungen sind nach wie vor unbefriedigend, Folter und unmenschliche Behandlung sind auch sieben Jahre nach der Ausrufung der «Null-Toleranz gegen Folter» noch immer verbreitet. Unbefriedigend ist, dass der kurdische Südosten vom raschen wirtschaftlichen Wachstum der Türkei wenig profitiert. Die überwiegende Mehrheit der Kurden lebt immer noch in ärmlichen Verhältnissen, ist weniger gut gebildet, hat keine Möglichkeit, die eigene Sprache zu erlernen, und verfügt über geringere Arbeits- und Aufstiegsmöglichkeiten als die türkische Mehrheit. Die kurdische Minderheit fühlt sich vom türkischen Staat immer noch nicht als gleichwertig anerkannt, fordert schnellere Reformen und letztlich eine gewisse Autonomie im kulturellen, aber auch im politischen Bereichen.

Die türkische Regierung steht vor der grossen Herausforderung, die für eine Lösung des Kurdenproblems und für eine nachhaltige Befriedung und Entwicklung des Südostens nötigen Reformen gegen grosse innenpolitische und gesellschaftliche Widerstände durchzusetzen.